

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 16.

Dresden, Mittwoch den 21. Januar 1914.

25. Jahrg.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage (Ferien, Willen, Kunst, Gesundheit und Jugend) einschließlich Postgebühr monatlich 90 Pf. Die Post bezogen monatlich Nr. 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 3.00. — **Einzelheft** 4 Pf., mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettmerplatz 10. Tel. 25261. **Vorlesung:** nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettmerplatz 10. Tel. 25261. **Verkauf:** 10 bis 11 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Interessante werden die Gekuppelten Zeitungen mit 30 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Unterhaltung mehr Rabatt gewährt. **Veränderungen** 25 Pf. **Anzeigen** müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegraphische Adressen:** Dresden, Volkszeitung.

In den letzten Tagen wurden bei 24 Dresdner Tabak- und Zigarettenfabriken politische Ausfahrungen im Hinblick auf die Verhältnisse der Arbeiterklasse vorgenommen.

Die schmerzhaften Szenen, die auf dem Vorkriegstag gegen die Fabrikanten und ihre Vertreter zu sehen waren, sind ein Zeichen für die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterklasse.

Wegen der Bedeutung des Geschehenen ist ein Sonderausdruck der Zeitung zu einem militärischen Hauptstück gewidmet.

Die württembergische Regierung erklärt, daß in bezug auf die Militär- und nach einer vorausgegangenen Forderung der zuständigen Behörde eingreifen.

Genosse Francis de Pressensé ist gestorben.

Wucherpolitik statt Sozialpolitik.

Beifall rechts — lebhafter Beifall rechts — immer wieder Beifall rechts, das war die bezeichnende Musik zu der programmatischen Rede, die der Staatssekretär Dr. Delbrück im Reichstage hielt. Der Beifall war wohl verdient. Die Reichsregierung erbringt den Beweis, daß sie keineswegs daran denkt, auf irgend einem Wege sich den Befehlen und der Interessenpolitik der Sozialdemokratie zu entziehen.

Die Debatten über das Reichsamt des Innern geben Gelegenheit, den Stand der deutschen Sozialpolitik zu sehen und zu notwendigen Verbesserungen anzusetzen. Daß in erster Reihe die Sozialdemokratie auf dem Posten der Vertreter stehen, wie es im armen Volksstande und die bessere Hand angelegt werden muß. So entrollen in diesem Jahre wieder die Redner der sozialdemokratischen Partei ein Programm sozialpolitischer Forderungen zugunsten der arbeitenden Klassen. Sie tragen dabei den großen Widerspruch, die das Kapital der Fortführung der Sozialreform entgegenstellt, insofern Rechnung, daß sie, neben der Aufhebung der größeren Zölle, zunächst die allerdinglichsten Reformen vortreten. Sie suchen mit jähem Eifer den kranken Gewalten wenigstens kleine Fortschritte abzutrotzen, den Neben und untergeordneten Robert Schmidt und Krätzig wurden die schlimmsten Mißstände im heutigen Arbeiterleben an das Tageslicht gezogen und auf Abhilfe gebracht.

Das aber weiß die hohe weise Reichsregierung die Maßnahmen und Anlagen der Sozialdemokratie zu dem Namen der Staatssekretäre Delbrück beantwortet das Programm der sozialpolitischen Reformen mit dem Programm der wucherpolitischen Reaktion.

Dr. Delbrück erklärte, mit der Reichsversicherungsordnung sei eine „verständliche Sozialpolitik“ aus, und eine „verständliche Sozialpolitik“ sei eine solche, die „dem Arbeitgeber gibt, was er will“. Kein Wunder, daß derartige Ausführungen dem Staatssekretär von den sozialdemokratischen Vätern den Juraft rufen: „Nur die Unternehmung!“ Dr. Delbrück erwiderte dem Juraft mit der Erklärung, daß das ihn kalt ließe. Es mag ihm gleichgültig sein, so genannt zu werden, er geht damit nur zu, daß die Reichsregierung selbst in der Tat als ausführende Organ der Unternehmungspolitik und der Unternehmerrückgriffe betrachte!

Danach erging sich der Staatssekretär in einer Verherrlichung der deutschen Wirtschaftspolitik und ihrer Erfolge in wucherischen Tönen. Da malte er zunächst ein rosenfarbenedes Bild vom steigenden Wohlstande Deutschlands und im besonderen der deutschen Arbeiterklasse. Es seien die alten Kamellen, die bei solchen Anlässen seit Jahren schon dargeboten werden: Vermehrung des Handels, Lohnsteigerungen, erhöhte Sparfüßigkeit, Wohlstand befreit, daß die deutsche Volkswirtschaft große Fortschritte gemacht hat. Sie hat aber die Fortschritte bedingt infolge der agrarischen Wirtschaftspolitik gemacht, die auf Grund der Lähmigkeit und Emigrieren unserer arbeitsfähigen Arbeiter und an der Handelsvermittlung bestenfalls Volksgenossen. Die Entwicklung des Außenhandels ist nicht zu weglassen, sondern ist die tragende Stütze geworden. Was ferner die Lohnsteigerungen angeht, so sind diese nun schon ganz und gar nicht mit der agrarischen Wucherpolitik in ursächlichem Zusammenhang. Sie sind vielmehr durch den unablässigen kampf der deutschen Arbeiterklasse um etwas mehr Anteil an der nationalen Güterproduktion, und sie sind leider gerade durch die Wucherpolitik und andere Steuerungsmaßnahmen in ihrer für die Arbeiterklasse so wichtigen Wirkung vielfach bis auf ein sehr geringes Maß herabgeleitet worden. Auch Dr. Delbrück konnte sich er-

innern, daß in keinem Falle die Lohnsteigerungen in irgend einem annähernden Verhältnis zu den Wertsteigerungen der agrarischen Grundbesitzer und den tiefsten Vermögensvermehrungen der Kapitalistenklasse stehen. Daß alle Gerede von den wachsenden Sparfüßigkeit braucht kaum weiter überlegt zu werden; es ist schon zur Genüge bekannt, daß immer mehr kleinere und größere Kapitalisten die Sparfüßigkeit in Anspruch nehmen.

Die Rede des Staatssekretärs gipfelte schließlich in der feierlichen Verkündung einer Regierungserklärung über das unbedingte Festhalten an den „bedeuten Grundfragen“ der bisherigen Wirtschaftspolitik. Dr. Delbrück kündigte an, daß die Reichsregierung nicht beabsichtigt, die bestehenden Handelsverträge mit den Auslandsstaaten zu kündigen. Der seit 1902 bestehende Zollmudertarif soll unverändert bleiben. Die Handelsverträge mit den gemeindefählichen Neuzugewinnungen und den schwereren Schädigungen für zahlreiche Verarbeitungsbetriebe sollen auch über das Jahr 1917 hinaus fortgeschleppt werden. Es müßte dem sein, daß die Auslandsstaaten ihrerseits die Kündigung der Handelsverträge anstreben würden. Sollten Rußland oder Österreich — um diese Staaten würde es sich in erster Reihe dabei handeln — die Verträge kündigen, so droht Dr. Delbrück mit hartem Widerstand und dem Versuch, auch etwaige Verbesserungen des geltenden Tarifs durchzusetzen, d. h. offenbar mit dem Versuch, noch weitere agrarische Vorteile — Weizen, Obst, Gemüse usw. — bis zur völligen Unzulänglichkeit des Zollmudertarifs zu beschaffen.

Völliger Stillstand der Arbeiterpolitik und rückwärtsgehende Fortführung der Arbeiterpolitik — das ist das Bekenntnis des Ministers für Sozialpolitik im Deutschen Reich. Das ist aber eine Politik, die den Lebensinteressen der ungeheuer überwiegenden Zahl der deutschen Bevölkerung schweren Abbruch bereitet. Das ist nichts anderes als die Sozialpolitik a la Jähren in Wirtschaftspolitik überlegt.

Die arbeitenden Massen erkennen, daß es der größten Anstrengungen und Kämpfe bedarf, um die Wucher- und Wucherpolitik der heutigen Klasse zu überwinden und eine gesunde Sozialpolitik anzubahnen. Durch Anknüpfungen, wie sie der Staatssekretär Delbrück macht, werden die großen Klassenkämpfe unserer Zeit eine außerordentliche Verschärfung erfahren!

In Beginn der Sitzung hatte am Dienstag noch Genosse Krätzig eine ganze Reihe großer Fragen angestellt und erörtert, deren Regelung die Aufgabe einer wissenschaftlichen Sozialpolitik sein müßte. Er erörterte namentlich die Stellung der Handarbeiter in Deutschland, die unerschütterliche Rechtschaffenheit, die eine rechtliche Gleichstellung mit den Industriearbeitern gebietet verlangen, und auch die unzulängliche Arbeits- und Lebensverhältnisse. Unter anderem wurde auch gesagt, wie gerade die sozialpolitische Entwicklung der letzten Jahre auf energische Reformen und Verbesserungen hinbringt. Jedoch muß auch das, was Genosse Krätzig über die Verhältnisse im Bergbau sagte, nicht außer Acht gelassen werden. Die Plänen der Ausbeutung der Bergbau, auf die sich der Staatssekretär zu jetzt beschränken möchte. — Der Justizminister Christian erörterte Wirtschaftsprüfung, der württembergische Staatsminister Dr. Böhm, der Kandidat des letzten Herrn v. Kröcher, plädierte im Namen der Kleinbauern für Viehhalt.

Pressensé's Tod — Poincaré's Besuch.

Genosse Francis de Pressensé, der von 1902 bis 1910 der sozialistischen Fraktion der französischen Deputiertenkammer angehörte, ist am Dienstag gestorben. Mit ihm schied ein Mann aus dem Leben, der auch, wenn er nicht Sozialist gewesen wäre, unsere warmste Sympathie und unseren höchsten Respekt verdient hätte. Aus zwei Gründen vor allem: Er war ein begabter Vorbild der Rechte und er war ein berechtigter Anwalt des Gedankens der deutsch-französischen Annäherung. Als leinerzeit die nationalitäts-antimilitarischen Kämpfe in Frankreich hochgingen, trat er ohne Bedenken auf die Seite des Hauptmanns Drenth, und von dem Bewußtsein durchdrungen, daß die Segner des Unrechts, das eine missieteste Justiz und die sogenannte Staatsraison bezogen, sich zu gemeinsamer Abwehr zusammenzuschließen müssen, gründete er im Jahre 1903 die bekannte Liga zur Verteidigung der Menschenrechte. Und gegen den Strom des Chauvinismus schauwam der Anhänger einer Verständigung zwischen den beiden in so zahlreichen Beziehungen einander gegenübergestellten Nachbarvölkern auch schon zu einer Zeit, wo die Revanchepolitik in Frankreich noch lebendiger war als heute.

Pressensé's Tod reißt eine Lücke, aber der Sechzigjährige konnte mit dem Bewußtsein sterben, daß die Saat, die er ausgesät hat, aufgegangen ist, und das letzte Jahr hat Beweismomente dafür erbracht, daß die Kriegspolitiker in Frankreich die öffentliche Meinung noch weniger hinter sich haben als ihre Berufscollegen in Deutschland.

Fast wirkt es wie ein Symbol, daß an dem Tage, wo Pressensé starb, der Präsident der französischen Republik, Poincaré, zum Dinner auf der deutschen Botschaft in Paris eintraf. Wir Sozialdemokraten sehen hier nicht in dem Verdacht, daß wir übersehen und ähnlichen diplomatischen Höflichkeit eine übertriebene Bedeutung beimessen, aber die Visite Poincaré's fällt doch aus dem Rahmen der üblichen gesellschaftlichen Begebenheiten insofern heraus, als es das erste Mal ist, daß ein Präsident der französischen Republik die deutsche Botschaft diese Höhe erreicht. Und wer noch daran zweifelte, daß es sich hier um ein Ereignis handelt, das für die deutsch-französischen Beziehungen doch nicht so ganz ohne Belang ist, der könnte durch die Kommentare unserer bezugsfähigen Presse eines Besseren belehrt werden. Denn die Blätter von dem Schicksal der Berliner Neuesten Nachrichten als ihren Eifer und all ihren Blick an den Nachweis legen, daß das Erscheinen Poincaré's eine absolut gleichgültige Sache sei, durch die an den künftigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht das geringste geändert werden könne, so beweist uns das nur, daß auch in dem Bewußt eine größere Bedeutung beimessen. Sie wollen eben nur ihr mögliches tun, um von vornherein wieder Frieden zu stiften und jede gute Wirkung einer deutsch-französischen Annäherung zu verhindern. Denn dabei kommen ja die Interessen der Reaktionäre, Rüstungsinteressenten und Kriegslieferanten zu kurz.

Erfinderschutz und Scharfmacher.

Der überaus schüchterne Versuch der Reichsregierung, bei Gelegenheit der Patentgesetzreform auch den Wünschen der technischen Angehörigen nach einem besseren Schutz der von ihnen herbeigeholten Erfindungen ein wenig Rechnung zu tragen, hat, wie nicht anders zu erwarten war, die Scharfmacher aller Art in Bewegung gesetzt. Die Arbeiterbewegung und die Industriellen, die Arbeiter, die technische und Maschinenbauindustrie, die alle Seiten sich zusammengeschlossen, um durch einen gemeinsamen Akt die Verbesserung des Patentschutzes zu verhindern. Eine erste Kundgebung hat am Freitag in Berlin stattgefunden und mit einem Aufruf von sechs Redatoren — darunter die nicht unbedeutenden Herren Justizrat Waldschmidt, Kammergerichtsrat Guggenheimer und Dr. Goldschmidt-Stern — den Schöpfergeistlichen der erfindenden Angehörigen jede Verächtlichkeit abgepredigt.

Dabei liegen die Dinge nicht einmal so, daß die neuen Besetzungsrechte einen unvollkommenen Schutz bieten. Nichts wäre verkehrter, als unter der einseitigen Anklage solche Rechte anzuzweifeln. Aber angesichts der grobgründigen unzulässigen Einseitigkeit, durch die sich das alte Patentgesetz auszeichnet, würde freilich schon eine ganz geringe Änderung der Besetzungsrechte gegenüber der erfindenden Angehörigen genügen, um wesentlich eine Verbesserung der Schutzverhältnisse herbeizuführen, deren finanzielle Einnahmen nach mehreren Millionen jährlich veranschlagt werden kann. Für das Kapital, das betrieblieh wurde, hat das große deutsche Fabriken ihre durchschnittlich 2 bis 3 Prozent beizugehenden Zinsen nicht um ein oder zwei Prozent herabsinken müssen, so Mühe für die Arbeiter immer noch genug übrig.

Das seltsame Geschick, das eben das gerade Gegenteil von dem, was es eigentlich sein müßte, es schafft nicht, wie man meinen sollte, das geistige Eigentum der Erfinderschaft, sondern die Macht über den Erfinder haben und demselben rechtlichen Schutz verweigern, hat eine charakteristische Bestätigung zur Kapitalisten-Ausbeutung „anfragen“ können. „Das der Arbeiter, den die Arbeiter in einer Zeit härtester materieller Notwendigkeit angreifen haben, hat hier eine schimpfliche Widerbelebung gefunden.“

Weniger ist nicht Vermögen ist, zu müde die Arbeit der Zeitgenossen, von dem Tausend nach sozialer Berechtigung erfüllen könnten sein. Aber der Reichstag, der die Regierung im Juli vorigen Jahres im Reichstag als Vorlage gegeben wird, ist durchaus unzulänglich. In ihm wird zwar den Angehörigen ein gewisses Stimmrecht an den von ihnen betreffenden Erfindungen vorbehalten, aber durch die scheinbar untergeordneten Ausschüsse und Ausschüsse gleichzeitig dafür gesorgt, daß 99 Prozent sämtlicher Angehöriger, nämlich alle, die „ihre Art noch im Bereich der Aufgaben des Unternehmens liegen“ und „die aus einer Tätigkeit entstanden sind, die zu den Pflichten des Angestellten“ gehören, nach wie vor ohne weiteres dem Unternehmer anfallen. Für die erzwungene Freigabe seines geistigen Eigentums soll zwar dem Angestellten eine „billige Vergütung“ gewährt werden, aber deren Berechnung ist wiederum nahezu vollkommen in das Ermessen des Arbeitgebers gestellt.

Trotzdem haben die vorerwähnten Scharfmacher nicht ermögelt, diese verdrängten Angehörigen bereits ein unbedeutendes zu erlangen. Zwar ein kleines Stimmrecht „Erfinderschutz“, die Forderung des Erfinderschutzes in der Patentgesetz, wollen sie ebenfalls den Angehörigen angedeihen, aber auch dies unter der Bedingung, daß daraus „unter keinen Umständen die geistliche Anerkennung eines Erfinders nicht resultiert“. Das heißt den Erfindern zu tun will man den Angehörigen gewährt können, aber — finanzielle Vorteile dürfen sie daraus nicht ziehen! Kammergerichtsrat Waldschmidt erklärte zum Beispiel, daß die über den Angehörigen-Erfindern eine Vergütung zu bewahren, in den Verhältnissen überhaupt nicht begründet ist. Aber er wurde auch überlistet von Justizrat Waldschmidt, der sich den Austritt verweigert: „Während das Patentrecht bisher eine legale Erfindung war, die den Angehörigen der arbeitenden Klasse und der Volkswirtschaft diente, soll es künftig den privaten Interessen der Erfinder dienen.“ Krätzig kann man die Kon-